Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4817

07. 06. 96

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Karl Diller, Hans Büttner (Ingolstadt), Manfred Hampel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/4390 –

Staatsverschuldung

Staatsverschuldung, Nettokreditaufnahme und Zinsausgaben sind neben Steuer- und Abgabenbelastungsquoten diejenigen Kenngrößen, die die mittel- und längerfristige Tragfähigkeit einer Finanzpolitik für die Staatsfinanzen und damit für das Staatswesen insgesamt widerspiegeln. Nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht kommen zudem Staatsverschuldung und Staatsdefizit zusätzliche Bedeutung als Kriterien für die Europäische Währungsunion zu.

Die Staatsverschuldung hat schon im vorigen Jahr die Grenze von 2 000 Mrd. DM überschritten und sich unter dieser Bundesregierung seit 1982 mehr als verdreifacht. Allein seit 1990 hat sich die Staatsverschuldung nahezu verdoppelt.

Der gewaltige Anstieg der Staatsverschuldung hat zur Konsequenz, daß insbesondere „beim Bund eine dramatische Steigerung der Zinslast eingetreten ist", wie der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen in seinem Gutachten zur Einnahmenverteilung zwischen Bund und Ländern feststellt. Während im Bundeshaushalt noch 1991 „nur" jede achte Mark der Steuereinnahmen zur Bezahlung der Zinslast notwendig war, beträgt die Zinsausgaben-Steuer-Quote im Bundeshaushalt 1996 schon 26 %, d. h. mehr als jede vierte Steuermark muß der Bund in diesem Jahr zur bloßen Verzinsung seines Schuldenberges aufwenden – bei weiter steigender Tendenz. Diese Zinsenmilliarden, die nach Berechnungen des Bundesrechnungshofes 1998 erstmals die Grenze von 100 Mrd. DM überschreiten werden, fehlen zur Bewältigung der anschwellenden sozialen und beschäftigungspolitischen Probleme.

Der Bundesrechnungshof hat dazu in seinen letzten „Bemerkungen" seine bereits im Vorjahr vorgetragene ernste Besorgnis unterstrichen (Drucksache 13/2600, S. 22 f.). Unter Bezugnahme auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat er an die finanzpolitische Pflicht gemahnt, „der Gefahr entgegenzuwirken, daß sich ein stetig wachsender Schuldensockel bildet, der schließlich die Fähigkeit des Staatshaushaltes, auf die Probleme der Gegenwart und der Zukunft zu reagieren, in Frage stellt" (BVerfGE 79, 355 f.).

Vorbemerkung:

Die Staatsverschuldung steht in allen Industriestaaten im Rampenlicht öffentlicher Kritik und wissenschaftlicher Analyse. Eine zu hohe Staatsverschuldung behindert nicht nur das Wachstum und damit die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Sie engt wegen der Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte den künftigen finanzpolitischen Handlungsspielraum ein und nimmt dem Staat den Gestaltungsspielraum, den er zur Bewältigung der Zukunftsprobleme dringend benötigt.

Es herrscht internationale Übereinstimmung hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen.

Die Eindämmung der Staatsverschuldung hat Priorität. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Bundesregierung seit den 80er Jahren eine langfristig angelegte Finanzpolitik strikter Ausgabenbegrenzung. Mit dieser Politik – 1989 verbuchte der Staat einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben – konnte das Fundament für eine solide Finanzierung des einigungsbedingten Ausgabenanstiegs gelegt werden.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 4. Juni 1996 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Ziel der Bundesregierung ist es, die Staatsquote bis zum Jahr 2000 wieder auf das vor der Wiedervereinigung erreichte Niveau zurückzuführen. Bereits im Mai 1995 hat das Bundesministerium der Finanzen ein Positionspapier mit dem Titel „Senkung der Staatsquote bis zum Jahr 2000" vorgelegt, in dem die Voraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels dargestellt werden. Der entstehende finanzpolitische Handlungsspielraum soll im Sinne der „Symmetrischen Finanzpolitik" genutzt werden, um Defizit- sowie Steuer- und Abgabenquote gleichermaßen schrittweise zurückzuführen.

Die im März 1996 vorgestellte Studie „Finanzpolitik 2000 – Neue Symmetrie zwischen einem leistungsfähigen Staat und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft" setzt sich mit den Bestandteilen und Zielen der „Symmetrischen Finanzpolitik" auseinander und zeigt auf der Basis eines längerfristigen Szenarios Wege auf, diese Ziele zu realisieren. Sie knüpft damit an eine Analyse des Bundesministeriums der Finanzen aus dem Jahre 1985 an, die unter dem Titel „Aufgaben und Ziele einer neuen Finanzpolitik – Grenzen staatlicher Verschuldung" publiziert wurde.

Gut fünf Jahre nach der Wiedervereinigung steht heute die Frage im Mittelpunkt, wie unter drastisch veränderten Bedingungen die ursprünglichen Ziele und Aufgaben mit gleicher Intensität und Beharrlichkeit mit angepaßtem Instrumentarium dennoch verwirklicht werden können. Zur ursprünglichen Aufgabe, den staatlichen Einfluß spürbar zurückzudrängen, der Wirtschaft mehr Freiraum und den Arbeitnehmern entscheidend verbesserte Beschäftigungschancen zu geben, kommen zwei zusätzliche zentrale Aspekte:

- Die finanzpolitische Begleitung des Aufbaus in den neuen Ländern.
- Die Flankierung des europäischen Integrationsprozesses.

Richtig zusammengefügt besteht zwischen diesen Aufgaben kein Widerspruch. Eine Modellrechnung für die kommende Dekade zeigt, welches Potential im Konsolidierungsansatz der Bundesregierung liegt. Im Sinne der „Symmetrischen Finanzpolitik" ist es bei Verwirklichung des Staatsquotenziels möglich, bis zur Jahrtausendwende das Staatsdefizit auf rund 1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu reduzieren.

Um dies zu erreichen, bedarf es heute äußerster Finanzdisziplin. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen müssen gemeinsam dafür sorgen, daß ihre Ausgabenraten deutlich unter dem Wachstum des nominalen BIP liegen.

Hinweise

Angaben für das Jahr 1996 zu den Fragen 1, 8 (soweit Deutschland), 16, 20 (soweit Deutschland), 22 bis 27 und 29 liegen nicht vor.

Abweichungen in Summen erklären sich durch das Runden der Zahlen.

I.

1. Wie hoch war die Nettokreditaufnahme 1995 des Bundes, der Länder (West und Ost getrennt), der Gemeinden (West und Ost getrennt), für kommunale Altschulden im Osten, der Zweckverbände, des ERP-Sondervermögens, des Fonds „Deutsche Einheit", des Erblastentilgungsfonds, des Entschädigungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes sowie des öffentlichen Gesamthaushalts

   a) absolut,

   b) in Prozent der Gesamtausgaben,

   c) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts?

   Wie hoch waren die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1990 bis 1994 (zzgl. Kreditabwicklungsfonds, Altschulden Wohnungswirtschaft Ost, Treuhandanstalt, Deutsche Bundesbahn, Deutsche Reichsbahn) und wie hoch schätzt die Bundesregierung die entsprechenden Zahlen für 1996?

Die Nettokreditaufnahmen der öffentlichen Haushalte, des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes und der in der Frage genannten Unternehmen sind in Übersicht 1 aufgeführt. Die Beantwortung folgt – hier wie auch in den folgenden Fragen – der sachgerechten Darstellung der amtlichen Statistik, sowohl der Finanzstatistik wie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wonach die Kreditaufnahme öffentlicher Unternehmen Ausfluß unternehmerischer Tätigkeit ist und somit nicht der Verschuldung der öffentlichen Haushalte zugerechnet wird.

Für die Jahre 1990 bis 1993 liegen Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte vor, für 1994 und 1995 basieren die ausgewiesenen Werte auf der Kassenstatistik.

Zweckverbände werden lediglich in der Jahresrechnungsstatistik erfaßt und sind hier nicht in den Öffentlichen Gesamthaushalt integriert. Die jüngste Veröffentlichung bezieht sich auf das Jahr 1993 und weist eine Nettokreditaufnahme von 1,6 Mrd. DM aus.

Übersicht 1

Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte[1)]

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Bund						
NKA (Mrd. DM)	46,7	52,0	38,6	66,2	50,1	50,1
in v. H. der Ausgaben	12,3	12,9	9,0	14,5	10,6	10,8
in v. H. des BIP	1,9	1,8	1,3	2,1	1,5	1,5
Länder West[2)]						
NKA (Mrd. DM)	18,2	20,7	15,5	20,6	15,3	21,1
in v. H. der Ausgaben	6,3	6,8	4,8	6,1	4,5	5,9
in v. H. des BIP	0,8	0,7	0,5	0,7	0,5	0,6
Länder Ost[2)]						
NKA (Mrd. DM)	·	9,5	16,2	20,0	20,6	12,7
in v. H. der Ausgaben	·	11,0	16,6	18,9	18,8	10,9
in v. H. des BIP	·	0,3	0,5	0,6	0,6	0,4
Gemeinden West						
NKA (Mrd. DM)	2,9	5,6	7,6	9,3	3,2	5,5
in v. H. der Ausgaben	1,6	2,8	3,4	4,0	1,4	2,3
in v. H. des BIP	0,1	0,2	0,2	0,3	0,1	0,2
Gemeinden Ost						
NKA (Mrd. DM)	·	6,2	5,7	5,9	4,3	3,0
in v. H. der Ausgaben	·	14,3	9,9	10,0	7,3	5,0
in v. H. des BIP	·	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Lastenausgleichsfonds						
NKA (Mrd. DM)	–	–	–	–	–	–
ERP						
NKA (Mrd. DM)	2,2	7,0	8,0	3,9	–0,2	6,2
in v. H. der Ausgaben	31,8	57,6	59,3	32,7	–1,6	48,1
in v. H. des BIP	0,1	0,2	0,3	0,1	–0,0	0,2
Fonds „Deutsche Einheit"						
NKA (Mrd. DM)	20,0	31,0	23,6	13,4	3,4	–2,3
in v. H. der Ausgaben	90,9	84,2	62,4	32,4	8,2	–31,9
in v. H. des BIP	0,8	1,1	0,8	0,4	0,1	–0,1
Kreditabwicklungsfonds						
NKA (Mrd. DM)	–	–0,6	–0,5	0,1	0,0	·
in v. H. der Ausgaben	–	–35,3	–3,2	1,2	0,0	·
in v. H. des BIP	–	0,0	0,0	0,0	0,0	·
Erblastentilgungsfonds						
NKA (Mrd. DM)	·	·	·	·	·	–10,2
in v. H. der Ausgaben	·	·	·	·	·	–8,7
in v. H. des BIP	·	·	·	·	·	–0,3
Entschädigungsfonds	·	·	·	·	–	–
NKA (Mrd. DM)	·	·	·	·	–	–
in v. H. der Ausgaben	·	·	·	·	–	–
in v. H. des BIP	·	·	·	·	–	–
Bundeseisenbahnvermögen						
NKA (Mrd. DM)	·	·	·	·	–	7,0
in v. H. der Ausgaben	·	·	·	·	–	26,5
in v. H. des BIP	·	·	·	·	–	0,0
Öffentlicher Gesamthaushalt						
NKA (Mrd. DM)	90,1	131,3	114,8	139,5	96,7	93,2
in v. H. der Ausgaben	11,0	13,5	10,7	12,4	8,3	7,8
in v. H. des BIP	3,7	4,6	3,7	4,4	2,9	2,7

noch Übersicht 1

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
nachrichtlich:						
Ausgleichsfonds z. S. d. Steink.						
NKA (Mrd. DM)	–0,0	–0,3	0,2	0,0	0,3	–0,2
in v. H. der Ausgaben	–0,2	–4,8	3,9	0,9	5,3	–2,6
in v. H. des BIP	–0,0	–0,0	0,0	0,0	0,0	–0,0
Unternehmen[3]:						
Treuhandanstalt						
NKA (Mrd. DM)	4,3	19,9	29,7	38,1	34,4	·
in v. H. des BIP	0,2	0,7	1,0	1,2	1,0	·
Deutsche Bundesbahn						
NKA (Mrd. DM)	3,0	3,4	7,0	8,2	·	·
in v. H. des BIP	0,1	0,1	0,2	0,3	·	·
Deutsche Reichsbahn						
NKA (Mrd. DM)	–	1,9	3,3	4,4	·	·
in v. H. des BIP	–	0,1	0,1	0,1	·	·

1) NKA = Nettokreditaufnahme; negatives Vorzeichen = Nettotilgung

2) Länder West einschl. West-Berlin; Länder Ost einschl. Ost-Berlin.

3) Die Quote NKA/Ausgaben ist bei Unternehmen nicht sinnvoll.

2. Wie entwickelte sich seit 1990 Soll und Ist der Nettokreditaufnahme des Bundes auf der Grundlage seiner jeweiligen Finanzpläne?

Die Nettokreditaufnahme des Bundes hat sich seit 1990 wie folgt entwickelt:

Übersicht 2:

Nettokreditaufnahme des Bundes für die Haushaltsjahre 1990 bis 1995
– in Mrd. DM –

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Soll lt. Haushaltsplan	66,94	61,66	40,53	67,57	69,10	48,99
Ist-Ergebnis	46,73	52,03	38,62	66,16	50,07	50,12
Abweichung	–20,21	–9,63	–1,91	–1,41	–19,03	+1,13

3. Wie hoch war die auf die deutsche Einheit zurückzuführende Nettokreditaufnahme des Bundes in den Jahren 1990 bis 1995 insgesamt sowie in den einzelnen Jahren? Wie hoch ist dieser Betrag im Bundeshaushalt 1996?

Aus einer Überschlags-Modellrechnung zu den einigungsbedingten Ausgaben und Einnahmen des Bundes von 1990 bis 1994 ergab sich für die Nettokreditaufnahme eine Größenordnung von 65 Mrd. DM. Da es sich bei diesem Betrag um eine sehr grobe Schätzung handelt, ist ein Einzelausweis für die jeweiligen Jahre nicht sinnvoll.

Mit der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und der Erfassung der Erblasten im Erblastentilgungsfonds zum 1. Januar 1995 ist eine Übergangsperiode des Wiedervereinigungsprozesses abgeschlossen. Für die Jahre nach 1994 wird eine Überschlagsrechnung zu einigungsbedingten Ausgaben und Einnahmen nicht mehr durchgeführt.

4. Wie hoch war das strukturelle Defizit beim Bund sowie im öffentlichen Gesamthaushalt in den einzelnen Jahren von 1990 bis 1995 und wie hoch wird es 1996 nach dem Haushaltsplan sein?

Das strukturelle Defizit kann nicht exakt gemessen werden. Angaben zum strukturellen Defizit beruhen daher immer auf Schätzungen. Diese können je nach methodischem Ansatz auch für die Vergangenheit weit auseinander liegen. Es gibt keine verbindlichen Kriterien, welchem methodischen Ansatz der Vorzug zu geben ist. Nach Berechnungen des IWF vom Mai 1996 ergibt sich z. B. folgende Entwicklung des strukturellen Defizits (Gesamtstaat) in v. H. des Bruttoinlandsprodukts:

1990	1991	1992	1993	1994	1995
–3,2	–5,6	–4,0	–2,4	–1,3	–2,1

Andere Institutionen kommen zu zum Teil deutlich abweichenden Ergebnissen. Das strukturelle Defizit kann

nur für den Gesamtstaat, nicht aber für seine Untergliederungen berechnet werden.

5. Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die anzustrebende Normalneuverschuldung als dauerhaft tolerierbare Kreditfinanzierung in v. H. des Bruttoinlandsprodukts und wie begründet sie ggf. ihre Festlegung?

Für eine dauerhaft tolerierbare Defizitquote gibt es keine allgemeingültige Größe. Allgemein anerkannt ist jedoch, daß die aktuellen Defizite in den meisten Industriestaaten zu hoch sind.

Die Bundesregierung hat – ausgehend vom Vertrag von Maastricht – vorgeschlagen, daß die Teilnehmerstaaten ein Defizitziel von höchstens 1 v. H. des Bruttoinlandsprodukts anstreben sollten, um für konjunkturell schlechte Zeiten einen ausreichenden Sicherheitsabstand zu der 3%-Defizitgrenze einhalten zu können, die der Maastricht-Vertrag für die Haushaltsdisziplin vorsieht. Ein Staatsdefizit von 1 % des BIP strebt die Bundesregierung auch im Rahmen der „Symmetrischen Finanzpolitik" für das Jahr 2000 an. Angesichts der durch die Wiedervereinigung deutlich gestiegenen Gesamtverschuldung ist mittel- bis langfristig eine noch geringere Kreditfinanzierung sinnvoll.

6. Wie hoch waren in den Jahren 1990 bis 1995 jeweils
   a) die private Ersparnis absolut,
   b) die private Sparquote,
   c) das Kapitalmarktaufkommen,
   d) der Kapitalexport
   e) der Kapitalimport,
   f) der Anteil der Brutto- und Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts am Kapitalmarktaufkommen?

Die Angaben für 1990 beziehen sich – soweit nichts anderes vermerkt ist – auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990.

Die private Ersparnis in Deutschland betrug laut Angaben der Deutschen Bundesbank im Jahre 1990 227,7 Mrd. DM, 1991 261,9 Mrd. DM, 1992 282,5 Mrd. DM, 1993 272,0 Mrd. DM, 1994 265,4 Mrd. DM und im Jahre 1995 276,5 Mrd. DM.

Die private Sparquote in Deutschland betrug laut Angaben der Deutschen Bundesbank im Jahre 1990 14,7 %, 1991 13,8 %, 1992 13,9 %, 1993 12,9 %, 1994 12,2 % und im Jahre 1995 12,3 %.

Das Kapitalmarktaufkommen, d. h. die Summe der Geldvermögensbildung der inländischen nichtfinanziellen Sektoren und des Auslands zuzüglich des Finanzierungssaldos des inländischen finanziellen Sektors, betrug nach der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1990 655,4 Mrd. DM 1991 546,6 Mrd. DM 1992 611,1 Mrd. DM 1993 782,2 Mrd. DM 1994 556,8 Mrd. DM und 1995 650,7 Mrd. DM.

Der Kapitalexport (brutto) belief sich in den Jahren 1990 (ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen der ehemaligen DDR mit dem Ausland) auf 183,4 Mrd. DM, 1991 auf 106,0 Mrd. DM, 1992 auf 116,8 Mrd. DM, 1993 auf 296,1 Mrd. DM, 1994 auf 112,5 Mrd. DM und 1995 auf 183,5 Mrd. DM. Der Kapitalimport (brutto) betrug 1990 (ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen der ehemaligen DDR mit dem Ausland) 92,9 Mrd. DM, 1991 126,9 Mrd. DM, 1992 209,0 Mrd. DM, 1993 309,4 Mrd. DM, 1994 171,5 Mrd. DM und 1995 239,4 Mrd. DM.

Die Kreditaufnahme des Öffentlichen Gesamthaushalts (ohne Sozialversicherungen) betrug in kapitalmarktmäßiger Abgrenzung (brutto/netto) 1990 (229,0/110,6 Mrd. DM), 1991 (253,0/99,4 Mrd. DM), 1992 (251,9/100,6 Mrd. DM), 1993 (301,1/155,5 Mrd. DM), 1994 (271,0/96,5 Mrd. DM) und 1995 (421,9/96,4 Mrd. DM). Der Anteil der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Haushalts am gesamten Kapitalmarktaufkommen betrug 1990 16,9 %, 1991 18,2 %, 1992 16,5 %, 1993 19,9 %, 1994 17,3 % und im Jahre 1995 14,8 %. Die Relation Bruttokreditaufnahme zum Kapitalmarktaufkommen ist nicht aussagekräftig.

7. Welche Positionen sind grundsätzlich der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushaltes in Deutschland und/oder anderen EU-Staaten zuzurechnen bzw. von ihr abzuziehen, um diesen Wert in das Staatsdefizit in Abgrenzung des Maastricht-Kriteriums zu überführen, und aus welchen Gründen sind diese Korrekturen für einen aussagefähigen internationalen Vergleich notwendig?

Für die Verbuchung in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) liegt im Gegensatz zur Finanzstatistik ein europaweit verbindliches Regelwerk vor: das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Durch die Festlegung der Kriterien anhand des ESVG von 1979 ist somit gewährleistet, daß alle Mitgliedstaaten die statistischen Werte nach den gleichen Regeln ermitteln und vergleichbare Daten zur Verfügung stehen.

Die Finanzierungssalden der Finanzstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung können aus konzeptionellen Gründen nicht unbeträchtlich voneinander abweichen. Quantitativ am bedeutendsten ist dabei der Saldo der finanziellen Transaktionen (Nettodarlehensvergaben und Nettobeteiligungserwerb), der in der Finanzstatistik saldenwirksam berücksichtigt wird, in der VGR aber unbeachtet bleibt, da diese Transaktionen zu keiner Änderung des Nettogeldvermögens des Staates führen. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß im Öffentlichen Gesamthaushalt die Salden des Sozialversicherungsbereichs nicht enthalten sind. Im übrigen hat der Sachverständigenrat sich im Jahresgutachten 1994/95 zu den methodischen Unter-

schieden zwischen dem Finanzierungssaldo der Finanzstatistik und dem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausführlich geäußert (Jahresgutachten 1994/95, Nummer 158).

8. Wie entwickelten sich in Deutschland in den Jahren 1990 bis 1995 und welche Werte werden 1996 nach derzeitigem Kenntnisstand aufweisen:

   a) die Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushaltes,

   b) die Korrekturpositionen gemäß Frage 7 im einzelnen,

   c) das Staatsdefizit in der Maastricht-Abgrenzung,

   d) das Bruttoinlandsprodukt,

   e) die Defizit-Quote des öffentlichen Gesamthaushaltes,

   f) die Staatsdefizit-Quote in der Maastricht-Abgrenzung?

   Wie entwickelte sich die Staatsdefizit-Quote in diesen Jahren in den übrigen EU-Staaten?

Über die Entwicklung der Finanzierungssalden und des Staatsdefizits, der Umrechnungspositionen und des nominalen Bruttoinlandsprodukts gibt Übersicht 3 Auskunft.

Übersicht 3:

Finanzierungssalden und Staatsdefizit in Deutschland

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts (in Mrd. DM)	–94,4	–122,7	–115,9	–137,8	–115,3	–109,7
desgleichen in v. H. des BIP	–3,9	–4,3	–3,8	–4,4	–3,5	–3,2
Umrechnungspositionen						
– finanzielle Transaktionen (in Mrd. DM)	15,9	21,4	24,3	21,9	15,9	7,7[1]
– Rest (in Mrd. DM)	8,7	–14,9	7,2	–2,7	12,5	–7,1
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in Abgrenzung der VGR	–69,78	–116,17	–84,44	–118,56	–86,85	109,11[2]
Finanzierungssaldo der Sozialversicherungen (VGR)	20,04	21,98	–2,25	6,93	4,29	–13,58
Staatsdefizit VGR (in Mrd. DM)	–49,74	–94,19	–86,69	–111,63	–82,56	–122,69[2]
desgleichen in v. H. des BIP	–2,1	–3,3	–2,8	–3,5	–2,5	–3,5[2]
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (Mrd. DM)	2426,0	2853,6	3075,6	3154,9	3320,3	3459,6

Ab 1991 gesamtdeutsch. Daten für 1990 aufgrund der deutschen Vereinigung wenig aussagefähig.

1) Niedriger als in den Vorjahren wegen außergewöhnlich hoher Veräußerung von Beteiligungen.

2) Übernahme der Schulden des Wohnungsbau Ost und der Treuhandanstalt sowie des Vermögens der Deutschen Kreditbank nicht enthalten.

Über die Entwicklung der Staatsdefizit-Quote in den übrigen EU-Staaten zwischen 1990 und 1996 gibt Übersicht 4 Auskunft.

Übersicht 4:

Staatsdefizite (bzw. -überschüsse) im internationalen Vergleich

Land	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	in v. H. des BIP						
Belgien	–5,4	–6,5	–6,7	–6,7	–5,3	–4,5	–3,2
Dänemark	–1,5	–2,1	–2,9	–3,9	–3,5	–1,4	–0,9
Finnland	+5,4	–1,5	–5,9	–8,0	–6,3	–5,5	–3,3
Frankreich	–1,6	–2,2	–4,0	–5,9	–5,8	–5,0	–4,2
Griechenland	–14,0	–11,6	–12,3	–14,2	–12,1	–9,2	–8,1
Großbritannien und Nordirland	–1,5	–2,6	–6,1	–7,8	–6,8	–6,0	–4,4
Irland	–2,3	–2,2	–2,4	–2,4	–2,0	–2,4	–2,0
Italien	–10,9	–10,2	–9,5	–9,6	–9,0	–7,1	–6,3
Luxemburg	+4,9	+1,8	+0,6	+1,8	+2,2	+0,3	+0,7
Niederlande	–5,1	–2,9	–3,9	–3,2	–3,2	–3,4	–3,5
Österreich	–2,2	–2,4	–2,0	–4,3	–4,5	–6,2	–4,8
Portugal	–5,5	–6,4	–3,3	–7,1	–5,8	–5,4	–4,4
Schweden	+4,2	–1,1	–7,8	–12,3	–10,8	–8,1	–5,2
Spanien	–4,1	–4,9	–4,2	–7,5	–6,9	–6,2	–4,8

Quelle: EU-KOM, 1990–1992: EC Economic Data Pocket Book 1995 Nr. 3, Oktober 1995
1993–1995: Wirtschaftliche Vorausschätzungen Frühjahr 1996, Mai 1996

9. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung mit Bezug auf die Äußerung von Bundesfinanzminister Dr. Waigel, dem Bund sei die Verfehlung des Maastricht-Kriteriums im Jahr 1995 nicht zuzurechnen, zur angemessenen Aufteilung des Defizitspielraums gemäß dem Maastricht-Kriterium auf die einzelnen staatlichen Ebenen sowie die Sozialversicherungen?

Die Einhaltung der haushaltspolitischen Vorgaben des Vertrags von Maastricht ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam zu bewältigen haben.

Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion wird gemeinsam mit den Ländern zu klären sein, wie die Verantwortung konkret ausgefüllt wird.

10. Wie entwickelten sich die Deckungsquoten des Bundes, der Länder West, Länder Ost, Gemeinden West, Gemeinden Ost, der Länder und Gemeinden insgesamt sowie des öffentlichen Gesamthaushaltes in den Jahren 1990 bis 1995, und welche Werte werden sie 1996 nach derzeitigem Kenntnisstand aufweisen?

Über die Entwicklung der Deckungsquoten gibt Übersicht 5 Auskunft.

Übersicht 5:

Deckungsquoten von Bund, Ländern und Gemeinden in den Jahren 1990 bis 1996

Jahr[1]	Bund[2]	Länder West mit Berlin[3]	Länder Ost ohne Berlin	Gemeinden West	Gemeinden Ost	Länder und Gemeinden zusammen[3]
1990	88,5	93,2	·	98,0	·	94,4
1991	87,4	94,0	85,9	97,1	103,4	93,7
1992	92,7	94,5	84,8	96,0	87,4	92,1
1993	86,9	92,5	82,8	96,4	92,2	91,3
1994	91,8	92,3	82,8	97,7	89,9	91,4
1995	89,2	90,8	87,1	94,9	96,9	90,8
1996	86,7	93,1	90,6	·	·	·

1) 1990 bis 1994 Ist, 1995 vorläufiges Ist, 1996 Soll

2) Münzeinnahmen und (bis 1994) Mehreinnahmen aus Bundesbankgewinn über 7 Mrd. DM als Einnahmen berücksichtigt

3) 1994 bis 1996 einschließlich Sanierungsleistungen des Bundes an Saarland und Bremen

11. Wie hoch waren Ausgaben, Nettokreditaufnahmen und Kreditfinanzierungsquoten der einzelnen Bundesländer in den Jahren 1990 bis 1995, und wie hoch werden sie 1996 gemäß den vorliegenden Haushaltsplänen sein?

Siehe hierzu die Tabelle „Ausgaben, Nettokreditaufnahme und Kreditfinanzierungsquoten der Länder in den Jahren 1990 bis 1996" (Anlage 1).

12. Wie haben sich die investiven Ausgaben des Bundes sowie im öffentlichen Gesamthaushalt in den Jahren 1990 bis 1995 entwickelt, und wie schätzt die Bundesregierung diese Werte für 1996 ein

a) absolut,

b) in Relation zu den jeweiligen Gesamtausgaben,

c) in Relation zur jeweiligen Nettokreditaufnahme?

Über die Entwicklung der investiven Ausgaben des Bundes und im Öffentlichen Gesamthaushalt gibt Übersicht 6 Auskunft.

Übersicht 6:

Investive Ausgaben

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Bund[1]							
Investive Ausgaben							
Mio. DM	39 244	61 508	65 815	65 023	61 142	67 320	66 256
in v. H. der Ausgaben	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0	14,5	14,7
in v. H. der NKA	84,0	118,2	170,4	98,3	122,1	134,3	110,6
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Investive Ausgaben							
Mio. DM	114 742	165 019	189 695	184 446	178 186	176 283	[2]
in v. H. der Ausgaben	14,0	17,0	17,7	16,4	15,3	14,8	[2]
in v. H. der N KA	127,3	125,7	165,2	132,2	184,2	189,2	[2]

1) 1996: Soll des Haushaltsplans

2) Angaben liegen noch nicht vor.

13. Wie hoch war die Nettoneuverschuldung des Bundes in den Jahren 1990 bis 1995, und wie erklären sich etwaige Differenzen zur Nettokreditaufnahme?

Die Nettoneuverschuldung entspricht der Kapitalmarktbeanspruchung im Kalenderjahr. Sie unterscheidet sich von der Nettokreditaufnahme um die Übergangsfinanzierung. Dabei handelt es sich um Kreditaufnahmen zur Finanzierung des vorhergehenden und/oder des nachfolgenden Haushaltes und/oder um Kreditaufnahmen im vorhergehenden und/oder im nachfolgenden Jahr zur Finanzierung des laufenden Haushaltes. In den Jahren 1990 bis 1994 ergab sich ein weiterer Unterschiedsbetrag, da der den Haushaltsansatz von 7 Mrd. DM übersteigende Bundesbankmehrgewinn direkt zur Schuldentilgung diente. (Ab 1995 fließen die Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn, die einen Betrag von 7 Mrd. DM übersteigen, dem Erblastentilgungsfonds zu). Über die Nettoneuverschuldung und Abweichung zur Nettokreditaufnahme gibt Übersicht 7 Auskunft.

Übersicht 7:

Nettoneuverschuldung und Abweichungen zur Nettokreditaufnahme in Mrd. DM

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Nettoneuverschuldung	66,3	30,0	19,6	79,1	27,8	41,3
Differenz zur Nettokreditaufnahme insgesamt	–19,6	22,1	19	–12,9	22,3	8,8
Übergangsfinanzierung						
auf das/aus dem Vorjahr übertragen	7,6	30,2	9,4	–2,1	16,9	5,9
auf das/aus dem Folgejahr übertragen	–30,2	–9,4	2,1	–16,9	–5,9	2,9
Bundesbankmehrgewinn	3,0	1,3	7,5	6,1	11,3	–

14. Wie hoch waren beim Bund die zum Jahresanfang 1994, 1995 sowie 1996 jeweils aus dem Vorjahr übertragenen nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen aus früheren Jahren?

Die nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen betrugen zum Jahresanfang

1994: 28,6 Mrd. DM,

1995: 47,6 Mrd. DM (in 1995 25,0 Mrd. DM in Abgang gestellt),

1996: 21,5 Mrd. DM.

15. Wie hoch waren die Gewinnabführungen der Deutschen Bundesbank in den einzelnen Jahren von 1983 bis 1996 sowie in diesem Zeitraum insgesamt?

Die Deutsche Bundesbank führt den Gewinn für die einzelnen Geschäftsjahre nach Feststellung des jeweiligen Jahresabschlusses, d. h. in der Regel im April des folgenden Jahres, an den Bundeshaushalt ab. Für die Geschäftsjahre 1982 bis 1995 belaufen sich die Abführungen auf insgesamt 150,216 Mrd. DM. Die Gewinnausschüttungen für die einzelnen Geschäftsjahre betrugen wie folgt:

1982: 11,037 Mrd. DM
1983: 11,366 Mrd. DM
1984: 12,944 Mrd. DM
1985: 12,655 Mrd. DM
1986: 7,338 Mrd. DM
1987: 0,240 Mrd. DM
1988: 10,041 Mrd. DM
1989: 9,964 Mrd. DM
1990: 8,265 Mrd. DM
1991: 14,464 Mrd. DM
1992: 13,092 Mrd. DM
1993: 18,255 Mrd. DM
1994: 10,237 Mrd. DM
1995: 10,318 Mrd. DM.

II.

16. Wie hoch war in den Jahren 1990 bis 1995 jeweils am Jahresende der Schuldenstand der einzelnen in Frage 1 genannten Institutionen und wie hoch schätzt die Bundesregierung diese Werte zum Ende des Jahres 1996 ein
a) absolut,
b) anteilig am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt?
Wie hoch war bzw. wird die Verschuldung pro Kopf in den einzelnen Jahren für den öffentlichen Gesamthaushalt sowie für die Gesamtheit der in Frage 1 angesprochenen Institutionen sein?

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte (in Mrd. DM sowie in v. H. des BIP) ist in Übersicht 8 dargestellt.

Übersicht 8:

Schulden der öffentlichen Haushalte[1)]

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Bund						
Schuldenstand (Mrd. DM)	542,2	586,0	606,7	685,3	712,5	754,3
in v. H. des BIP	22,3	20,5	19,7	21,7	21,5	21,8
Länder West[2)]						
Schuldenstand (Mrd. DM)	326,5	344,6	364,7	391,3	409,5	438,6
in v. H. des BIP	13,5	12,1	11,9	12,4	12,3	12,7
Länder Ost[2)]						
Schuldenstand (Mrd. DM)	·	3,6	19,3	37,3	51,2	64,6
in v. H. des BIP	·	0,3	1,4	2,5	3,1	3,3
Gemeinden West						
Schuldenstand (Mrd. DM)	114,4	119,7	126,6	134,1	136,3	139,7
in v. H. des BIP	4,7	4,2	4,1	4,3	4,1	4,0
Gemeinden Ost						
Schuldenstand (Mrd. DM)	·	7,6	12,3	18,3	23,3	26,4
in v. H. des BIP	·	0,3	0,4	0,6	0,7	0,8
Zweckverbände						
Schuldenstand (Mrd. DM)	9,0	9,8	11,5	15,8	21,3	22,1
in v. H. des BIP	0,4	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6
Lastenausgleichsfonds						
Schuldenstand (Mrd. DM)	–	–	–	–	–	–
ERP						
Schuldenstand (Mrd. DM)	9,3	16,3	24,3	28,2	27,9	34,1
in v. H. des BIP	0,4	0,6	0,8	0,9	0,8	1,0
Fonds „Deutsche Einheit"						
Schuldenstand (Mrd. DM)	19,8	50,5	74,4	87,7	89,5	87,1
in v. H. des BIP	0,8	1,8	2,4	2,8	2,7	2,5
Kreditabwicklungsfonds						
Schuldenstand (Mrd. DM)	27,6	27,5	91,8	101,2	102,6	·
in v. H. des BIP	1,1	1,0	3,0	3,2	3,1	·
Erblastentilgungsfonds						
Schuldenstand (Mrd. DM)	·	·	·	·	·	328,9
in v. H. des BIP	·	·	·	·	·	9,5
Entschädigungsfonds						
Schuldenstand (Mrd. DM)	·	·	·	·	–	4,2
in v. H. des BIP	·	·	·	·	–	0,1
Bundeseisenbahnvermögen						
Schuldenstand (Mrd. DM)	·	·	·	·	71,2	78,4
in v. H. des BIP	·	·	·	·	2,1	2,3
Öffentlicher Gesamthaushalt						
Schuldenstand (Mrd. DM)	1048,8	1165,5	1331,5	1499,2	1645,1	1978,5
in v. H. des BIP	43,2	40,8	43,3	47,5	49,5	57,2
DM je Einwohner	16 600	14 600	16 500	18 500	20 200	24 300
nachrichtlich:						
Ausgleichsfonds z. S. d. Steink.						
Schuldenstand (Mrd. DM)	2,0	1,7	2,0	2,0	2,3	2,2
in v. H. des BIP	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

noch Übersicht 8:

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Unternehmen:						
Treuhandanstalt:						
Schuldenstand (Mrd. DM)	·	57,1	110,2	169,3	204,4	·
in v. H. des BIP	·	2,0	3,6	5,4	6,2	·
Deutsche Bundesbahn						
Schuldenstand (Mrd. DM)	47,1	38,0	44,9	53,1	–	–
in v. H. des BIP	1,9	1,3	1,5	1,7	–	–
Deutsche Reichsbahn						
Schuldenstand (Mrd. DM)	3,2	5,1	8,5	12,9	–	–
in v. H. des BIP	0,1	0,2	0,3	0,4	–	–

1) Stichtag jeweils 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinne" (einschl. Ausgleichsforderungen, ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten).

2) Länder West einschl. Berlin; Länder Ost ohne Berlin.

Die Altschulden der Wohnungswirtschaft und der privaten Vermieter in den neuen Ländern beliefen sich Mitte 1995 einschließlich der Verbindlichkeiten für sogenannte Wendewohnungen auf rd. 59 Mrd. DM. Der Erblastentilgungsfonds hat davon bisher im Rahmen des Altschuldenhilfe-Gesetzes zum 1. Juli 1995 gut 29 1/2 Mrd. DM übernommen. Das Altschuldenhilfe-Gesetz hat einen wesentlichen Beitrag geleistet, um die Kredit- und Investitionsfähigkeit der ostdeutschen Wohnungswirtschaft herzustellen. Es liegen jedoch keine statistischen Angaben vor, in welchem Umfang die Wohnungswirtschaft seit Mitte 1990 neue Kredite aufgenommen hat.

17. Wie hoch sind die im Bundeshaushalt ausgebrachten Verpflichtungen für Übernahme bzw. Erwerb privatfinanzierter Schienenstrecken, Bundesautobahnen und Bundesstraßen nach einzelnen Maßnahmen sowie insgesamt?

Im Einzelplan 12 Kap. 12 10 sind für den Erwerb privatfinanzierter Bundesautobahnen und Bundesstraßen in den Haushalten 1994 und 1995 Verpflichtungen eingegangen bzw. im Bundeshaushalt 1996 Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht worden in einer Gesamthöhe von 8 033 267 TDM.

Davon entfallen auf die Einzelmaßnahmen bei Titel 822 12 – Erwerb privatfinanzierter Bundesautobahnabschnitte – folgende Ansätze:

Eingegangene Verpflichtungen:

– A 81 – Heilbronn-Stuttgart –	1 049 043 TDM
– A 93 – Hof-Regensburg –	43 524 TDM
– A 7 – Flensburg-Hamburg –	1 566 712 TDM
– A 60 – St. Vith-Wittlich –	310 537 TDM
– A 8 – Luxemburg-Saarbrücken –	294 236 TDM

Verpflichtungsermächtigungen:

– A 93 – Hof-Regensburg –	675 900 TDM
– A 44 – Aachen-Düsseldorf –	1 079 325 TDM
– A 60 – St. Vith-Wittlich –	794 850 TDM

Bei Titel 822 22 – Erwerb privatfinanzierter Bundesstraßenabschnitte – ergeben sich für die einzelnen Maßnahmen die folgenden Ansätze:

Eingegangene Verpflichtungen:

– B 31 – Ortsumgehung Freiburg/Ost –	553 110 TDM
– B 2n – Ortsumgehung Farchant –	392 770 TDM
– B 254 – Ortsumgehung Schwalmtal-Brauerschwend –	50 760 TDM

Verpflichtungsermächtigungen:

– B 62 – Ortsumgehung Biedenkopf –	174 150 TDM
– B 437 – Weserquerung Esenshamm –	1 048 350 TDM

Für den Neu- und Ausbau der privatfinanzierten Schienenstrecke Nürnberg – Ingolstadt – München sind im Bundeshaushalt 1996 keine Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen. Im Haushaltsgesetz 1996, § 29 Abs. 2, wird das Bundesministerium für Verkehr ermächtigt, sich im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen zu verpflichten, die von der Deutschen Bahn AG für die Ausbaustrecke eingegangenen Kreditverpflichtungen von bis zu 7 000 000 TDM im Jahre der Inbetriebnahme der Strecke zu übernehmen und den sich aus dieser Kreditverpflichtung ergebenden Gesamtbetrag von 15 600 000 TDM (einschl. Zinsen) in jährlichen Raten von bis zu 622 000 TDM zu zahlen.

18. Wie hoch war Ende 1995 die auf die deutsche Einheit zurückzuführende Verschuldung des Bundes einschließlich seiner Sondervermögen?

Als eindeutig auf die deutsche Einheit zurückzuführende Schulden lassen sich die im Erblastentilgungsfonds zusammengefaßten Schulden identifizieren. Sie beliefen sich Ende 1995 auf 328,9 Mrd. DM. Hinzu kommen die Schulden des Fonds „Deutsche Einheit" in Höhe von 87,1 Mrd. DM, durch den zwischen 1990 und 1994 eine angemessene Finanzausstattung der öffentlichen Haushalte in den neuen Ländern sichergestellt wurde.

Ebenfalls als einigungsbedingt zu bewerten sind Schulden in Höhe von rund 8 Mrd. DM, die im Zuge der Privatisierung der Deutschen Eisenbahnen 1994 von der Deutschen Reichsbahn in den öffentlichen Haushalt übernommen wurden.

Des weiteren stellen die öffentlichen Haushalte für den Aufbau Ostdeutschlands jährlich insgesamt rund 5 % des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts als Transfer zur Verfügung, von dem der Bund den größten Anteil trägt. Dies ist auch durch Steuern, Kredite und sonstige Einnahmen im Rahmen der Gesamtdeckung des Haushalts zu finanzieren. Die aus dem Bundeshaushalt aufgebrachten Mittel lassen sich allerdings nicht eindeutig den zur Verfügung stehenden Finanzierungsinstrumenten zuordnen (Non-Affektationsprinzip). Eine grobe Schätzung für den Zeitraum 1990 bis 1994 wird in der Antwort zu Frage 3 dargelegt.

19. Welche Positionen sind grundsätzlich der Gesamtverschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes in Deutschland und/oder anderen EU-Staaten zuzurechnen bzw. von ihr abzuziehen, um diesen Wert in den Schuldenstand nach dem Maastricht-Kriterium zu überführen, und aus welchen Gründen sind die einzelnen Korrekturen für einen aussagefähigen internationalen Vergleich notwendig? Inwieweit finden dabei Verpflichtungen für den Erwerb privat vorfinanzierter Infrastrukturmaßnahmen, das Vermögen eines Staates und insbesondere Kapitalstock und/oder Rücklagen von Sozialversicherungen Berücksichtigung?

Das Schuldenkriterium des Maastricht-Vertrags stellt – wie auch der finanzstatistische Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushaltes – auf die Bruttoschulden ab. Bei der Ermittlung des Schuldenkriteriums nach dem Maastricht-Vertrag werden also das Vermögen eines Staates oder Rücklagen der Sozialversicherungen bei der Schuldenstandsermittlung nicht gegengerechnet. Nach dem für Maastricht relevanten ESVG von 1979 ist mit dem Leasing von Investitionsobjekten keine Erhöhung des Schuldenstands verbunden, da Leasing je nach Ausgestaltung des Vertrags als Miete oder Investition in Höhe der jeweiligen Leasingraten zu verbuchen ist.

Die Unterschiede zwischen dem Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushaltes und dem Schuldenstand gemäß dem Maastricht-Vertrag hat das Statistische Bundesamt in seiner Fachserie 14, Reihe 5 Schulden der Öffentlichen Haushalte, 1994 (Seite 10 f.) erläutert. Danach müssen zu den Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts

- die Schulden der Sozialversicherung
- der Münzumlauf
- die Differenz zwischen dem Nominal- und abgezinsten Wert der unverzinslichen Schatzanweisung und Finanzierungsschätze
- die Kassenverstärkungskredite
- die Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden

hinzugezählt und

- die Schulden der Gebietskörperschaften bei der Sozialversicherung

abgezogen werden, um zum Schuldenstand gemäß dem Maastricht-Vertrag zu gelangen.

Quantitativ am bedeutendsten ist dabei der Münzumlauf.

20. Wie entwickelten sich in Deutschland in den Jahren 1990 bis 1995 und welche Werte werden 1996 nach derzeitigem Kenntnisstand aufweisen:
    a) die Gesamtverschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes,
    b) die Korrekturpositionen gemäß Frage 19 im einzelnen,
    c) der Schuldenstand in der Maastricht-Abgrenzung,
    d) die Schuldenstand-Quote des öffentlichen Gesamthaushaltes,
    e) die Staatsschulden-Quote in der Maastricht-Abgrenzung?

    Wie hoch war die Staatsschulden-Quote in diesen Jahren in den übrigen EU-Staaten?

Über die Entwicklung von Schuldenstand und Schuldenquoten gibt Übersicht 9 Auskunft.

Übersicht 9:

Schuldenstand und Schuldenquoten in Deutschland

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts (in Mrd. DM)	1048,8	1165,5	1331,5	1499,2	1645,1	1978,5
desgl. in v. H. des BIP	43,2	40,8	43,3	47,5	49,5	57,2
Umrechnungsgrößen						
– darunter Münzumlauf	13,9	14,9	15,6	16,4	16,9	17,2
– Rest	–0,5	4,1	10,3	6,1	12,6	14,8
Schuldenstand des Staates (Maastricht-Abgrenzung) in Mrd. DM	1062,2	1184,5	1357,4	1521,7	1674,6	2010,5
desgl. in v. H. des BIP	43,8	41,5	44,1	48,2	50,4	58,1

Über das Niveau der Staatsschulden-Quote in den übrigen EU-Staaten zwischen 1990 und 1996 gibt Übersicht 10 Auskunft.

Übersicht 10:

Staatsschulden im internationalen Vergleich

Land	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	in v. H. des BIP						
Belgien	130,9	130,3	131,5	137,8	136,0	133,7	132,2
Dänemark	59,6	64,6	68,7	80,1	76,0	71,9	71,0
Finnland	14,5	23,0	41,5	57,3	59,5	59,6	62,5
Frankreich	35,4	35,8	39,7	45,4	48,4	52,4	56,1
Griechenland	81,5	83,3	99,2	111,8	110,4	111,5	111,8
Großbritannien und Nordirland	35,3	35,7	41,9	48,5	50,3	54,0	55,5
Irland	96,5	96,7	94,4	97,5	91,1	85,5	61,3
Italien	98,0	101,4	108,5	119,4	125,6	124,8	124,5
Luxemburg	4,7	4,2	5,2	6,2	5,9	5,9	5,2
Niederlande	78,8	78,8	79,4	81,1	77,6	79,0	79,4
Österreich	58,3	58,7	58,3	62,8	65,0	69,4	72,4
Portugal	68,6	70,2	62,4	67,2	70,0	71,6	72,2
Schweden	43,5	53,0	67,1	76,0	79,3	79,9	80,8
Spanien	45,1	45,8	48,4	60,5	63,1	65,7	67,8

Quelle: EU-KOM, Wirtschaftliche Vorausschätzungen Frühjahr 1996, Mai 1996

21. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur angemessenen Aufteilung der Staatsschulden-Quote in der Maastricht-Abgrenzung auf die einzelnen staatlichen Ebenen sowie die Sozialversicherungen?

Eine Aufteilung der Staatsschuldenquote auf einzelne Gebietskörperschaften ist nicht sinnvoll, weil diese Vergangenheitsgröße sich durch die gegenwärtige Finanz- und Haushaltspolitik nur sehr langsam verändern läßt. Entscheidend ist die gemeinsame Verantwortung für die Einhaltung des Defizitkriteriums (vgl. Frage 9). Bei niedrigeren staatlichen Defiziten sinkt automatisch auch die staatliche Schuldenquote.

22. Wie hoch sind die Schulden der Länder und Gemeinden (GV) aus Kreditmarktmitteln 1990 bis 1996 für die einzelnen Länder
    a) absolut,
    b) in DM je Einwohner,
    c) mit den jährlichen Veränderungsraten?

Siehe hierzu die Tabelle „Die Schulden der Länder und Gemeinden (GV) aus Kreditmarktmitteln 1990 bis 1995 nach Ländern" (Anlage 2).

23. Wie hoch sind die Schulden der Länder aus Kreditmarktmitteln 1990 bis 1996 für die einzelnen Länder
    a) absolut,
    b) in DM je Einwohner,
    c) mit den jährlichen Veränderungsraten?

Siehe hierzu die Tabelle „Die Schulden der Länder aus Kreditmarktmitteln 1990 bis 1995 nach Ländern" (Anlage 3).

24. Wie hoch sind die Schulden der Gemeinden (GV) aus Kreditmarktmitteln 1990 bis 1996 für die einzelnen Länder
    a) absolut,
    b) in DM je Einwohner,
    c) mit den jährlichen Veränderungsraten?

Siehe hierzu die Tabelle „Die Schulden der Gemeinden (GV) aus Kreditmarktmitteln 1990 bis 1995 nach Ländern" (Anlage 4).

III.

25. Wie hoch waren die Zinsausgaben (einschl. Zinserstattungen) der in Frage 1 genannten Institutionen im einzelnen sowie insgesamt in den Jahren 1990 bis 1995, und wie hoch werden sie nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung 1996 sein

a) absolut,

b) in DM je Einwohner?

Wie entwickelten sich die Zinserstattungen aus dem Bundeshaushalt an die einzelnen Sondervermögen in den Jahren 1990 bis 1996?

Über die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte gibt Übersicht 11 Auskunft.

Übersicht 11:

Zinsausgaben (einschl. Zinserstattungen) der öffentlichen Haushalte

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Bund						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	34,2	39,6	43,8	45,8	53,1	49,7
DM je Einwohner	500	500	500	600	700	600
Zinsen plus Zinserstattungen (Mrd. DM)	34,2	42,8	55,9	56,3	68,8	84,9
DM je Einwohner	500	500	700	700	800	1 000
Länder West						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	22,1	24,0	25,3	26,4	26,9	27,4
DM je Einwohner	300	400	400	400	400	400
Länder Ost						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	·	0,1	0,5	2,0	3,1	4,2
DM je Einwohner	·	0	0	100	200	300
Gemeinden West						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	7,9	8,7	9,5	10,0	10,0	9,7
DM je Einwohner	100	100	200	200	200	200
Gemeinden Ost						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	·	0,2	0,5	1,0	1,2	1,5
DM je Einwohner	·	0	0	100	100	100
Lastenausgleichsfonds						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	–	–	–	–	–	–
ERP						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	0,5	0,8	1,3	2,1	2,4	2,3
Fonds „Deutsche Einheit"						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	0	2,1	4,4	6,4	7,1	7,2
Kreditabwicklungsfonds						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	–	1,7	15,3	8,4	5,4	·
Erblastentilgungsfonds						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	·	·	·	·	·	21,5
Entschädigungsfonds						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	·	·	·	·	–	–
Bundeseisenbahnvermögen						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	·	·	·	·	4,8	5,1
Öffentlicher Gesamthaushalt						
Zinsausgaben (Mrd. DM)	64,6	77,1	100,7	101,9	113,9	128,6
DM je Einwohner	1 000	1 000	1 300	1 300	1 400	1 600

noch Übersicht 11:

Zinserstattungen des Bundes an Sondervermögen und Wohnungsbau Ost

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Fonds „Deutsche Einheit" (Mrd. DM)	–	2,1	4,4	6,4	7,1	7,2
Kreditabwicklungsfonds (Mrd. DM)	–	1,1	7,6	4,2	2,7	–
Erblastentilgungsfonds (Mrd. DM)	–	–	–	–	–	21,5
Entschädigungsfonds (Mrd. DM)	–	–	–	–	–	–
Bundeseisenbahnvermögen (Mrd. DM)	–	–	–	–	4,8	5,1
Wohnungsbau Ost (Mrd. DM)	–	–	–	–	1,1	1,4

26. Wie hoch war der Anteil der Zinsausgaben einschl. Zinserstattungen an den Gesamtausgaben (Zinslast-Quote) sowie an den Steuereinnahmen (Zins-Steuer-Quote) bei den in Frage 1 genannten Institutionen in den Jahren 1990 bis 1996?

Über die Entwicklung des Anteils der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben sowie der Relation Zinsausgaben zu Steuereinnahmen gibt Übersicht 12 Auskunft.

Übersicht 12:

Zins-Ausgaben- und Zins-Steuer-Quoten

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	in v. H.					
Bund						
Zins-Ausgaben-Quote	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3	10,7
Zinsen plus Zinserstattungen-Ausgaben-Quote	9,0	10,7	13,1	12,3	14,6	18,7
Zins-Steuer-Quote	12,4	12,5	12,4	12,9	14,0	14,8
Länder West						
Zins-Ausgaben-Quote	7,7	7,8	7,8	7,8	7,9	7,7
Zins-Steuer-Quote	11,1	11,1	11,0	11,1	11,3	11,1
Länder Ost						
Zins-Ausgaben-Quote	·	0,1	0,5	1,9	2,8	3,6
Zins-Steuer-Quote	·	0,5	2,0	7,2	9,1	8,2
Gemeinden West						
Zins-Ausgaben-Quote	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,1
Zins-Steuer-Quote	11,4	11,5	11,7	12,2	12,3	12,4
Gemeinden Ost						
Zins-Ausgaben-Quote	·	0,5	0,9	1,7	2,0	2,5
Zins-Steuer-Quote	·	9,1	12,5	19,2	18,5	20,0
Sonderrechnungen						
Zins-Ausgaben-Quote	1,5	8,7	30,9	26,9	22,4	51,9
Öffentlicher Gesamthaushalt						
Zins-Ausgaben-Quote	7,9	7,9	9,4	9,1	9,8	10,8
Zins-Steuer-Quote	11,4	11,7	13,7	13,6	14,5	15,8

27. Wie hoch waren die Zinsausgaben, die Steuereinnahmen (korrigiert um Ausgleichsleistungen im Länderfinanzausgleich und um Bundesergänzungszuweisungen – ohne Sonder-Bundesergänzungszuweisungen für das Saarland und Bremen –) sowie die daraus resultierenden Zins-Steuer-Quoten der einzelnen Länder in den Jahren 1990 bis 1996 gemäß den vom Bundesverfassungsgericht verwendeten Kriterien zur Feststellung einer Haushaltsnotlage?

    Wie hoch waren die Zins-Steuer-Quoten für Berlin in den Jahren 1990 bis 1996, wenn auch die mittelbare Verschuldung, die infolge der Wohnungsbauförderung über das Instrument der Aufwandssubvention aufgelaufen ist, durch Einbeziehung der entsprechenden Schuldendiensthilfen in Form von Zuschüssen und Aufwandsdarlehen berücksichtigt wird?

Zum ersten Teil der Frage siehe die Tabelle „Zinsausgaben, Steuereinnahmen und Zins-Steuer-Quoten der Länder einschl. der Gemeinden 1990 bis 1995" (Anlage 5).

Die Zins-Steuer-Quoten für Berlin haben sich wie folgt entwickelt (Zinsausgaben zuzüglich Schuldendiensthilfen zur Wohnungsbauförderung, Steuereinnahmen einschl. Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen ohne Sonder-BEZ für Kosten politischer Führung, Einnahmen vom Fonds „Deutsche Einheit" und Bundeszuschuß an Berlin): 1990 9,7 %, 1991 8,3 %, 1992 9,4 %, 1993 11,2 %, 1994 13,8 %, 1995 17,6 %.

28. Wie hoch waren die Einnahmen des Bundes in den Jahren 1990 bis 1995 sowie im bisherigen Verlauf des Jahres 1996 aus dem Über-Pari-Verkauf von Schuldtiteln (Agio)?

    Welche Einnahmen in welcher Höhe flossen in diesen Jahren außerdem den einzelnen Schuldendiensttiteln (z. B. aus Stückzinsen) zu?

Eine Zusammenstellung der Einnahmen des Bundes aus dem Über-Pari-Verkauf von Schuldtiteln (Agio) findet sich in nachfolgender Übersicht.

Übersicht 13:

Einnahmen des Bundes aus Agio

Jahr	Einnahmebetrag (DM)[1]
1990	98 040 190,00
1991	89 462 838,37
1992	506 151 933,20
1993	1 793 857 082,21
1994	106 747 616,45
1995	1 265 827 653,79
1996 Stand 29. 3. 1996	474 111 371,02

1) Diese Beträge werden mit den Ausgaben aus Unter-Pari-Verkauf (Disagio) in Kapitel 32 05 Titel 575 09 saldiert.

Eine Zusammenfassung der Einnahmen aus Stückzinsen findet sich in nachfolgender Übersicht. Weitere Einnahmen entstanden nicht.

Übersicht 14:

Einnahmen aus Stückzinsen

	Zinsen f. Anleihen	Zinsen f. Schatzbriefe	Zinsen f. Obligationen	Zinsen f. Schatzanweisungen
Kapitel/Titel	32 05 575 01	32 05 575 02	32 05 575 03	32 05 575 05
1990	100 128 792,33	106 438 327,24	640 402 741,12	0,00
1991	178 523 729,53	130 241 169,90	765 711 778,65	189 266 645,04
1992	268 752 795,62	43 955 940,70	751 284 001,74	187 027 635,75
1993	550 444 224,86	78 981 998,30	1 120 778 732,01	88 989 826,40
1994	311 798 822,33	81 565 323,90	371 649 024,72	50 865 443,28
1995	473 085 173,92	130 487 657,07	727 188 247,55	83 608 142,38
1996	107 698 399,73	44 449 455,45	222 130 738,78	0,00
Stand 29. 3. 96				

IV.

29. Wie hoch war das Finanzergebnis der einzelnen Sozialversicherungszweige in den Jahren 1990 bis 1995 und welche Ergebnisse erwartet die Bundesregierung für 1996?

In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergaben sich bei der Sozialversicherung Finanzergebnisse für die Jahre 1990 bis 1995 gemäß der Übersicht 15.

Übersicht 15:

Finanzergebnisse der einzelnen Sozialversicherungszweige in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von 1990 bis 1995

Sozial-versicherungszweig	1990	1991	1992	1993	1994	1995
			– Mrd. DM –			
Rentenversicherung	10,4	13,6	5,6	–8,8	–1,1	–13,3
Krankenversicherung	5,5	–4,0	–9,1	9,7	3,1	–7,0
Bundesanstalt für Arbeit	0,2	7,8	–3,6	2,1	–0,6	–0,6
Unfallversicherung	2,4	2,6	2,1	1,4	1,4	1,8
Landwirtschaftliche Alterskassen	0,3	0,4	0,6	0,2	–0,1	–0,3
Zusatzversorg. öffentl. Dienst	1,3	1,8	2,1	2,3	1,6	1,4
Pflegeversicherung	.	.	.	.	.	4,3
Sozialversicherung insgesamt	20,0	22,0	–2,3	6,9	4,3	–13,6

30. Wie hoch waren die Beitragssätze in den einzelnen Sozialversicherungszweigen 1982 sowie in den einzelnen Jahren seit 1990 bis heute?

Die Beitragssätze der Sozialversicherung (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil zusammengenommen – Jahresdurchschnitte) gibt die Übersicht 16 wieder.

Übersicht 16:

Beitragssätze der Sozialversicherung

	1982	1990	1991	1992	1993	1994	1995
				– in v. H. –			
Rentenversicherung der Arbeiter u. Ang.	18,0	18,7	18,0	17,7	17,5	19,2	18,6
Gesetzliche Krankenversicherung							
West	12,0	12,5	12,2	12,7	13,4	13,2	13,2
Ost	.	12,0	12,8	12,6	12,6	12,9	12,8
Bundesanstalt für Arbeit	4,0	4,3	6,8	6,3	6,5	6,5	6,5
Pflegeversicherung	.	.	.	.	.	.	1,0
Knappschaftliche Rentenversicherung	23,3	24,5	23,7	23,5	23,3	25,5	24,7

Für das Jahr 1996 sind folgende Beitragssätze festgelegt bzw. werden erwartet: Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten 19,2 %, Gesetzliche Krankenversicherung in West und Ost 13,4 %, Bundesanstalt für Arbeit 6,5 % und Pflegeversicherung 1,35 %.

Anlage 1

Ausgaben, Nettokreditaufnahme und Kreditfinanzierungsquoten der Länder in den Jahren 1990 bis 1996[1]

Jahr[2]	Baden-Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Bereinigte Ausgaben in Mio. DM																
1990	43 429	45 201	·	25 185	·	31 177	67 396	16 280	5 208	·	·	11 480	·	24 828	6 354	14 080	286 111
1991	47 376	48 380	14 328	25 826	10 406	33 520	70 908	17 420	5 516	23 617	15 200	12 322	13 341	35 643	6 989	15 124	391 515
1992	48 694	51 477	16 509	28 125	11 105	36 552	74 688	18 458	5 833	26 597	17 018	13 123	14 920	38 388	7 287	16 207	420 650
1993	49 972	53 179	18 135	29 997	12 532	37 718	77 949	19 174	6 147	27 246	18 016	13 282	16 546	41 111	7 651	17 031	441 947
1994	49 625	54 377	18 912	29 939	13 333	38 153	79 357	19 467	6 108	27 629	18 752	13 559	17 335	41 410	7 675	17 506	450 105
1995	53 282	57 830	19 070	30 503	13 982	38 566	83 101	20 226	6 120	30 385	20 327	13 979	17 688	43 204	7 765	17 559	463 884
1996	55 019	61 102	19 760	32 489	14 482	39 150	86 762	21 218	6 322	31 722	20 822	14 326	18 919	41 713	7 778	18 664	482 568
	Nettokreditaufnahme in Mio. DM																
1990	2 495	1 101	·	1 770	·	1 697	4 340	1 273	744	·	·	1 102	·	1 541	1 019	1 134	18 216
1991	2 500	1 003	2 672	1 666	978	2 092	4 201	1 473	826	3 000	1 665	967	1 193	3599	886	1 440	30 160
1992	1 949	1 009	3 588	1 590	906	2 488	2 220	1 072	829	3 690	3 452	992	2 192	4076	756	896	31 701
1993	1 633	865	4 448	1 750	2 105	3 083	4 432	1 228	1 012	3 235	3 443	1 101	2 942	6 389	1 249	1 653	40 567
1994	1 691	–1 894	4 399	2 443	2 709	3 369	6 208	1 616	–426	2 450	3 755	1 259	3 917	7 400	–313	1 601	40 184
1995	2 784	–1 225	2 977	1 425	2 145	3 825	4 686	908	–289	2 423	3 543	1 289	1 639	6 750	–207	1 168	33 839
1996	1 700	1 986	2 500	1 955	1 543	3 547	6 045	1 674	–465	1 975	1 998	1 076	1 887	6 100	–270	1 771	35 022
	Kreditfinanzierungsquote in Prozent																
1990	5,7	2,4	·	7,0	·	5,4	6,4	7,8	14,3	·	·	9,6	·	6,2	16,0	8,1	6,4
1991	5,3	2,1	18,6	6,5	9,4	6,2	5. 9	8,5	15,0	12,7	11,0	7,8	8,9	10,1	12,7	9,5	7,7
1992	4,0	2,0	21,7	5,7	8,2	6,8	3,0	5,8	14,2	13,9	20,3	7,6	14,7	10,6	10,4	5,5	7,5
1993	3,3	1,6	24,5	5,8	16,8	8,2	5,7	6,4	16,5	11,9	19,1	8,3	17,8	15,5	16,3	9,7	9,2
1994	3,4	–3,5	23,3	8,2	20,3	8,8	7,8	8,3	–7,0	8,9	20,0	9,3	22,6	17,9	–4,1	9,1	8,9
1995	5,2	–2,1	15,6	4,7	15,3	9,9	5,6	4,5	–4,7	8,0	17,4	9,2	9,3	15,6	–2,7	6,6	7,3
1996	3,1	3,3	12,7	6,0	10,7	9,1	7,0	7,9	–7,4	6,2	9,6	7,5	10,0	–14,6	–3,5	9,5	7,3

1) Saarland, Bremen und Länder zusammen 1994 bis 1996 einschl. Sanierungsleistungen vom Bund.

2) 1990 bis 1994: Ist, 1995: vorläufiges Ist, 1996: Soll.

Anlage 2

Die Schulden der Länder und Gemeinden (GV) aus Kreditmarktmitteln[1] 1990 bis 1995 nach Ländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	in Mio. DM																
1990	50404	42882	·	41388	·	55708	139282	27467	14142	·	·	21835	·	12410	14369	17868	437751
1991	53736	44926	2088	43960	1306	57753	144227	28825	14770	3532	2088	22936	2231	15619	15256	18974	472226
1992	57174	47345	6663	46200	2941	61195	148862	30521	15897	8881	7540	24175	5562	20366	16417	20162	519899
1993	59774	49104	12148	49174	5802	66309	156681	31908	17000	15306	12708	26223	9649	26513	17168	22846	578313
1994	61673	48336	16649	51776	8040	70412	160550	33683	16398	19321	16052	27277	14379	31506	16890	24989	617930
1995	64179	49214	19414	54066	11102	73955	171388	35227	16018	23926	19430	29135	17104	42143	16799	26122	669221
	in DM je Einwohner[2]																
1990	5183	3782	·	7242	·	7590	8081	7361	13217	·	·	8353	·	5782	21168	10894	6923
1991	5435	3899	815	7591	684	7780	8282	7615	13745	748	733	8707	861	4543	22334	11425	5906
1992	5675	4057	2636	7862	1562	8136	8465	7923	14736	1904	2683	9086	2180	5896	23988	12036	6453
1993	5860	4155	4769	8264	3133	8708	8841	8174	15675	3310	4556	9766	3803	7637	25086	13426	7123
1994	6018	4066	6572	8674	4377	9168	9030	8554	15138	4204	5796	10106	5695	9059	24760	14667	7590
1995	6234	4118	7654	9021	6071	9549	9607	8892	14791	5229	7065	10729	6813	12144	24709	15305	8197
	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent																
1990	6,9	4,0	·	3,4	·	6,2	4,3	4,7	7,4	·	·	7,0	·	14,0	7,6	3,7	5,3
1991[3]	6,7	4,9	·	6,2	·	3,7	3,7	5,0	4,4	·	·	5,1	·	26,6	6,2	6,2	·
1992	6,4	5,4	219,1	5,1	125,2	6,0	3,2	5,9	7,6	151,4	261,1	5,4	149,3	30,4	7,6	6,3	10,1
1993	4,5	3,7	82,3	6,4	97,3	8,4	5,3	4,5	6,9	72,3	68,5	8,5	73,5	30,2	4,6	13,3	11,2
1994	3,2	–1,6	37,1	5,3	38,6	6,2	2,5	5,6	–3,5	26,2	26,3	4,0	49,0	18,8	–1,6	9,4	6,9
1995	4,1	1,8	16,6	4,4	38,1	5,0	6,8	4,6	–2,3	23,8	21,0	6,8	19,0	33,8	–0,5	4,5	8,3

1) 1990 bis 1994 nach der Finanzstatistik (Fachserie 14 Reihe 5 des Stat. Bundesamtes, Schulden der öffentlichen Haushalte); einschl. Schulden bei Sozialversicherungen (Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträgern, öffentl. Zusatzversorgungseinrichtungen); kreditähnliche Rechtsgeschäfte bis 1990 nicht ausgegliedert, ab 1991 ohne kreditähnl. Rechtsgeschäfte; ohne Anleihestücke im Bestand der Emittenten; ohne Schulden, für die lediglich der Schuldendienst übernommen wird; 1995 nach der vierteljährlichen Schuldenstatistik.

2) Einwohner jeweils zum 30. 6. eines Jahres.

3) Basisdaten 1990 wegen Ausgliederung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte methodisch angepaßt.

Anlage 3

Die Schulden der Länder aus Kreditmarktmitteln[1] 1990 bis 1995 nach Ländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern[2]	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	in Mio. DM																
1990	36443	27831	·	26276	·	39940	96900	20573	11564	·	·	18876	·	12410	14369	17868	323049
1991	39411	28692	765	28016	461	41284	100342	21868	12253	100	935	19751	1350	15619	15256	18974	345076
1992	41988	29555	4814	29105	1491	44014	102708	23279	13375	4855	4980	20849	3180	20366	16417	20162	381136
1993	43424	30382	9545	30986	3726	48643	107272	24309	14502	9365	8845	22651	5850	26513	17168	22846	426027
1994	45131	28520	13805	33512	5521	52510	110855	25852	13918	10890	11540	23565	9416	31506	16890	24989	458419
1995	47180	27960	16125	35691	7810	55987	120698	27231	13570	14585	14337	25258	11748	42143	16799	26122	503244
	in DM je Einwohner[3]																
1990	3748	2455	·	4598	·	5441	5622	5513	10807	·	·	7221	·	5782	21168	10894	5109
1991	3986	2490	298	4838	242	5561	5762	5777	11403	21	328	7498	521	4543	22334	11425	4316
1992	4167	2532	1905	4953	792	5852	5841	6043	12398	1041	1772	7836	1247	5896	23988	12036	4731
1993	4257	2571	3747	5207	2012	6388	6053	6227	13372	2025	3171	8435	2306	7637	25086	13426	5247
1994	4404	2399	5450	5614	3005	6837	6235	6565	12849	2370	4167	8730	3729	9059	24760	14667	5631
1995	4583	2339	6357	5955	4271	7229	6766	6874	12531	3188	5213	9301	4679	12144	24709	15305	6164
	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent																
1990	9,2	5,3	·	3,9	·	7,1	4,6	6,7	9,3	·	·	7,6	·	14,0	7,6	3,7	6,3
1991[4]	8,1	3,1	·	6,6	·	3,4	3,6	6,3	6,0	·	·	4,6	·	26,6	6,2	6,2	·
1992	6,5	3,0	529,3	3,9	223,4	6,6	2,4	6,5	9,2	4755,0	432,6	5,6	135,6	30,4	7,6	6,3	10,4
1993	3,4	2,8	98,3	6,5	149,9	10,5	4,4	4,4	8,4	92,9	77,6	8,6	84,0	30,2	4,6	13,3	11,8
1994	3,9	–6,1	44,6	8,2	48,2	7,9	3,3	6,3	–4,0	16,3	30,5	4,0	61,0	18,8	–1,6	9,4	7,6
1995	4,5	–2,0	16,8	6,5	41,5	6,6	8,9	5,3	–2,5	33,9	24,2	7,2	24,8	33,8	0,5	4,5	9,8

1) 1990 bis 1994 nach der Finanzstatistik (Fachserie 14 Reihe 5 des Stat. Bundesamtes, Schulden der öffentlichen Haushalte); einschl. Schulden bei Sozialversicherungen (Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträgern, öffentl. Zusatzversorgungseinrichtungen); kreditähnliche Rechtsgeschäfte bis 1990 nicht ausgegliedert, ab 1991 ohne kreditähnl. Rechtsgeschäfte; ohne Anleihestücke im Bestand der Emittenten; ohne Schulden, für die lediglich der Schuldendienst übernommen wird; 1995 nach der vierteljährlichen Schuldenstatistik.

2) 1995 ohne interne Kredite beim Sondervermögen Grundstock gemäß Artikel 81 BV – Teil Privatisierungserlöse 4579,4 Mio. DM.

3) Einwohner jeweils zum 30. 6. eines Jahres.

4) Basisdaten 1990 wegen Ausgliederung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte methodisch angepaßt.

Anlage 4

Die Schulden der Gemeinden (GV) aus Kreditmarktmitteln[1]) 1990 bis 1995 nach Ländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Flächenländer zusammen
	in Mio. DM													
1990	13961	15051	·	15112	·	15768	42382	6894	2578	·	·	2959	·	114702
1991	14325	16234	1323	15944	845	16469	43885	6957	2517	3432	1153	3185	881	127150
1992	15186	17790	1849	17095	1450	17181	46154	7242	2522	4026	2560	3326	2382	138763
1993	16350	18722	2603	18188	2076	17666	49409	7599	2498	5941	3863	3572	3799	152286
1994	16542	19816	2844	18264	2519	17902	49695	7831	2480	8431	4512	3712	4963	159511
1995	16999	21254	3289	18375	3292	17968	50690	7996	2448	9341	5093	3877	5356	165977
	in DM je Einwohner[2])													
1990	1436	1328	·	2644	·	2148	2459	1848	2409	·	·	1132	·	1952
1991	1449	1409	516	2753	443	2218	2520	1838	2342	727	405	1209	340	1714
1992	1507	1524	732	2909	770	2284	2625	1880	2338	863	911	1250	934	1856
1993	1603	1584	1022	3057	1121	2320	2788	1947	2303	1285	1385	1330	1497	2022
1994	1614	1667	1123	3060	1371	2331	2795	1989	2290	1834	1629	1375	1966	2111
1995	1651	1778	1297	3066	1800	2320	2841	2018	2261	2042	1852	1428	2133	2190
	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent													
1990	1,4	1,8	·	2,6	·	3,9	3,9	–0,8	–0,6	·	·	3,6	·	2,7
1991[3])	3,1	8,4	·	5,5	·	4,5	4,1	1,1	–2,4	·	·	7,7	·	·
1992	6,0	9,6	39,8	7,2	71,6	4,3	5,2	4,1	0,2	17,3	122,0	4,4	170,4	9,1
1993	7,7	5,2	40,8	6,4	43,2	2,8	7,1	4,9	–1,0	47,6	50,9	7,4	59,5	9,7
1994	1,2	5,8	9,3	0,4	21,3	1,3	0,6	3,1	–0,7	41,9	16,8	3,9	30,6	4,7
1995	2,8	7,3	15,6	0,6	30,7	0,4	2,0	2,1	–1,3	10,8	12,9	4,4	7,9	4,1

1) 1990 bis 1994 nach der Finanzstatistik (Fachserie 14 Reihe 5 des Stat. Bundesamtes, Schulden der öffentlichen Haushalte); einschl. Schulden bei Sozialversicherungen (Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträgern, öffentl. Zusatzversorgungseinrichtungen); kreditähnliche Rechtsgeschäfte bis 1990 nicht ausgegliedert, ab 1991 ohne kreditähnl. Rechtsgeschäfte; ohne Anleihestücke im Bestand der Emittenten; ohne Schulden, für die lediglich der Schuldendienst übernommen wird; 1995 nach der vierteljährlichen Schuldenstatistik. Schulden der Gemeinden einschl. Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

2) Einwohner jeweils zum 30. 6. eines Jahres.

3) Basisdaten 1990 wegen Ausgliederung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte methodisch angepaßt.

Anlage 5

Zinsausgaben, Steuereinnahmen[1] und Zins-Steuer-Quoten der Länder einschl. der Gemeinden 1990 bis 1995

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Zinsausgaben in Mio. DM																
1990	3 402	3 119	·	2 658	·	3 768	9 742	1 920	991	·	·	1 452	·	813	921	1 293	30 078
1991	3 830	3 387	40	2 924	26	4 044	10 465	2 058	1 118	77	49	1 590	53	1 051	1 008	1 344	33 065
1992	3 979	3 586	190	3 187	123	4 370	10 948	2 219	1 149	187	170	1 730	182	1 314	1 121	1 447	35 901
1933	4 211	3 621	567	3 412	260	4 576	11 182	2 296	1 210	684	583	1 883	440	1 693	1 211	1 574	39 403
1934	4 253	3 564	819	3 522	382	4 647	11 105	2 339	1 265	1 040	848	1 911	646	1 926	1 266	1 665	41 198
1935	4 202	3 354	1 047	3 603	569	4 836	11 236	2 313	1 180	1 266	1 143	1 921	882	2 275	1 197	1 785	42 809
	Steuereinnahmen[1] in Mio. DM																
1990	42 227	47 205	·	24 601	·	29 661	74 659	14 972	4 416	·	·	10 594	·	19 363	3 850	9 726	281 275
1991	45 228	51 620	8 802	26 960	6 439	33 215	79 789	16 329	4 638	16 436	9 945	11 440	8 836	26 544	4 126	10 819	361 166
1992	48 461	55 197	10 097	29 615	7 623	34 849	87 114	17 705	4 989	18 475	11 046	12 164	10 344	28 171	4 477	11 116	391 441
1993	50 332	57 212	10 955	30 280	8 064	35 307	86 256	18 250	5 128	20 250	12 079	12 776	10 777	27 435	4 334	11 476	400 911
1994	49 649	58 076	12 164	29 720	8 621	35 493	85 379	18 137	5 097	22 057	13 049	12 809	11 713	25 051	4 485	11 256	402 756
1995	48 418	55 642	13 275	29 390	9 366	35 551	86 417	18 241	4 866	23 480	13 862	12 782	12 796	22 335	4 187	11 340	401 949
	Zins-Steuer-Quote in Prozent																
1990	8,1	6,6	·	10,8	·	12,7	13,0	12,8	22,4	·	·	13,7	·	4,2	23,9	13,3	10,7
1991	8,5	6,6	0,5	10,8	0,4	12,2	13,1	12,6	24,1	0,5	0,5	13,9	0,6	4,0	24,4	12,4	9,2
1992	8,2	6,5	1,9	10,8	1,6	12,5	12,6	12,5	23,0	1,0	1,5	14,2	1,8	4,7	25,0	13,0	9,2
1993	8,4	6,3	5,2	11,3	3,2	13,0	13,0	12,6	23,6	3,4	4,8	14,7	4,1	6,2	27,9	13,7	9,8
1994	8,6	6,1	6,7	11,8	4,4	13,1	13,0	12,9	24,8	4,7	6,5	14,9	5,5	7,7	28,2	14,8	10,2
1995	8,7	6,0	7,9	12,3	6,1	13,6	13,0	12,7	24,3	5,4	8,2	15,0	6,9	10,2	28,6	15,7	10,7

1) Steuereinnahmen + LFA – Beiträge im LFA + BEZ (ohne Vorabbeträge nach § 11 a (3), ohne Sonder-BEZ für Kosten politischer Führung, ohne Sanierungs-BEZ an Saarland und Bremen) + Einnahmen vom Fonds „Deutsche Einheit" + Bundeszuschuß an Berlin.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333